

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, President. 1907-1908 Howard Str. Telephone: TYLER 140. Omaha, Nebraska. Des Moines, Ia., Branch Office: 407-6th Ave.

Preis des Wochenblatts bei Vorauszahlung \$2.00 das Jahr. Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 12 1/2 Cents; durch die Post, bei Vorauszahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00; drei Monate \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879. Omaha, Neb., Samstag, den 14. Juni 1919.

Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht?

Lloyd George hat den Vertretern des ehemaligen Orange-Freistaates in Südafrika, General F. W. Herzog und Richter F. W. Meis, die nach Paris gekommen waren, um für die Bevölkerung dieses Gebietes von der Friedenskonferenz das Recht der Selbstbestimmung zu erbitten, mitgeteilt, daß ihr Verlangen ausichtslos sei: Südafrika könne nicht geteilt werden. Die Bewohner dieses Gebietes sind Buren. Sie wurden nach dem Burenkrieg ihrer Freiheit und Selbständigkeit beraubt und nebst Transvaal mit dem Reste Südafrikas zur Südafrikanischen Union vereinigt. Gegen ihren Willen natürlich. Da nun überall in der Welt von dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen wird, hielten auch die Orange-Buren die Zeit für gekommen, ihren Anspruch auf Selbstbestimmung geltend zu machen, aber nun ist ihnen von dem leitenden Minister Englands bedeutet worden, daß sie auf Erfüllung dieses Anspruches nicht zu rechnen hätten. Weil die Erfüllung von der Zustimmung des englischen Bevölkerungselements abhängig gemacht werden müsse. Und die Buren wissen ganz genau, daß sie die nicht erhalten würden. So werden an der Frage von der Selbstbestimmung der Völker täglich neue Schicksale entworfen. Sie gilt überall, ausgenommen die Länder der Welt. Sie gilt für Polen, Tschechen und andere slawische Völker. Aber für die Buren und für die Irländer gilt sie nicht. Man wird vielleicht sagen, das sei merkwürdig. Ist es auch. Aber wir leben ja auch in einer merkwürdigen Zeit. In einer sehr merkwürdigen Zeit sogar.

Präsident Wilson hat einer Pariser Deputation zufolge den Vertretern der Irischen Gesellschaften in Amerika kund und zu wissen getan, daß er antilich den Zoll Irlands nicht vor die Friedenskonferenz bringen könne, aber fortfahren werde, wie bisher, außeramtlich für Irland zu tun, was ihm nur möglich sei.

Das sollte genügen. Es sollte genügen, den Delegaten der Irischen Gesellschaften zu zeigen, daß ein längerer Verweilen in Paris ganz und gar zwecklos ist und, angesichts der hohen Kosten des dortigen Aufenthaltes, nichts anderes als die Vergewandung gut Geldes, das sehr viel bessere Verwendung finden könnte. Denn es hat sich, leider, längst gezeigt, daß Freundschaft und Freundschaft bei England gar nichts gelten, leicht wiegen wie eine Feder, sobald irgend ein englisches Interesse dabei in Betracht kommt; und jeder Versuch, die Vertreter Englands zu beeinflussen, nur dazu führt, die Selbstherrlichkeit, Willkür und Macht Englands noch zu erhöhen, Amerika noch mehr unter britischen Einfluß zu bringen. Wenn's nicht so ist, so will's doch so scheinen. Wenn der Schein trügt, wird jeder rechtlichsehe gute Amerikaner sein Streben gern einseitig und freudvoll sich schuldig bekennen. Aber erst muß sich zeigen, daß der Schein trügt, und die Hoffnung darauf kann zur Zeit nur sehr gering sein.

Wenn die Irländer ihre ganze Hoffnung auf Befreiung aus dem britischen Untertanenverhältnis auf die Pariser Konferenz, bezw. das außeramtliche Bemühen Präsident Wilsons gesetzt hätten, bezw. setzen müßten, dann würden sie Untertanen der britischen Krone bleiben müssen bis in alle Ewigkeit.

Die Friedenskonferenz und Präsident Wilson werden Irland nicht von der englischen Herrschaft befreien und wenn der von Lloyd George zu einer britisch-französisch-amerikanischen Allianz umgewandelte Völkerbund zur Wirklichkeit wird, dann wird dem Irländern kaum etwas anderes übrig bleiben, als sich mit ihrem Schicksal auszuföhnen und der englischen Herrschaft nach Möglichkeit ihre guten Seiten abzugewinnen.

Der einzige Weg

(Aus der demokratischen Chicago Abendpost.)

Hausmitglied Sabath hat alle Hoffnung auf Annahme seiner, das sogenannte „Kriegsprohibitionsgezet“ widerrufenen Bill aufgegeben, und alle anderen Liberalen im Kongreß scheinen zu derselben Ansicht gelangt. Repräsentant Dyer von Missouri, unter dessen Obhut die Sabath'sche Bill war, hat den Präsidenten per Kabel von der Sachlage in Kenntnis gesetzt und ihn ersucht, durch Erlassung einer Proklamation, welche den Krieg für beendet und die Demobilisierung der Armee für vollzogen erklärt würde, das Inkrafttreten des Prohibitionsgezetes am 1. Juli auch für leichtes Wein und Bier zu verhüten.

Herr Dyer sagt in seiner Kabeldepeche, „ich meine, daß Sie die Autorität, die Sie meiner Ansicht nach unabweisbar besitzen, ausüben sollten. ...“ Damit ist sein Antrag nicht ein Ersuchen, eine Bitte, sondern mehr eine Mahnung an die Pflicht — und die Mahnung ist berechtigt. Es will scheinen, als sei es einfache Pflicht des Präsidenten, in Ausübung der ihm unstreitig zustehenden Machtbefugnis in der angegebenen Weise zu handeln; denn der Krieg ist praktisch schon längst vorüber. Als Kriegsmaßregel ist die Prohibition, wenn sie überhaupt je begründet war, gegenstandslos geworden und die Annahme muß sein, daß die Demobilisierung unserer Armee früh genug wird für vollzogen erklärt werden müssen, zwischen der Kriegsprohibition und der „Verfassungszusatz-Prohibition“ eine Spanne Zeit zu belassen, in der die Herstellung und der Verkauf von alkoholhaltigen Getränken wieder erlaubt werden müßte. Dem Geleze zufolge muß die Demobilisierung vier Monate nach Friedensschluß vollendet sein, die Verfassungszusatz-Prohibition kann aber, — wenn überhaupt — nicht vor dem 16. Januar 1920 in Kraft treten und es wird doch wohl nicht daran gedacht werden können, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bis nach dem 15. September hinauszuziehen. Zudem ist es nach sehr die Frage, ob aus der Prohibition durch Verfassungszusatz am 16. Januar, oder überhaupt in absehbarer Zeit, etwas werden wird.

Es will scheinen, als sei es einfach Pflicht des Präsidenten, vor dem 1. Juli die Demobilisierung für vollendet und damit die Kriegsprohibition, soweit Wein und Bier in Betracht kommen, für null und nichtig zu erklären, weil dadurch die Zerstörung großer Werte verhütet werden mag; weil das gesunde Urteil des Publikums sich gegen eine Kriegsprohibition, die nach dem Kriege eintreten soll, sträubt und das Rechtsgefühl des Volkes durch die Durchführung eines solchen „post festum“ Zwangsgezetes schwer verletzt werden müßte; und — letzten Endes — weil der Präsident doch immer noch Haupt und Führer der demokratischen Partei und, wie dem Liberalismus, dieser gegenüber verantwortlich ist, sein Bestes zu tun, sie groß und stark und monogisch in der Macht zu erhalten, bezw. sie zur Macht im Kongreß zurückzuführen.

Es mag so manchen unhoffend oder ungeredtfertigt erscheinen, auch in dieser Frage die Parteipolitik zu berücksichtigen, das wird sich aber nicht vermeiden lassen. Diejenigen, die sagen, die Wein- und Bierfrage sei keine Parteifrage, sind im Unrecht. Sie ist Parteifrage. Burde zur Parteifrage in dem Augenblick, da Präsident Wilson sich gegen die Kriegsprohibition aussprach; wurde als Parteifrage betont durch seine kürzliche Empfehlung an den Kongreß, durch ein neues Gezet Wein und Bier von der Kriegsprohibition auszuschließen. Wenn immer ein Präsident einem Kongreß, in dem die gegnerische Partei die Mehrheit hat, in irgend einer Frage eine Empfehlung macht, — in dem Augenblick wird die betreffende Frage Parteifrage, denn es ist — leider, doch wird es kaum zu ändern sein — parteipolitischer Grund, jeder Empfehlung zu opponieren, die von der gegnerischen Seite kommt; oder wenn die Möglichkeit dazu vorliegt, dem Präsidenten, der sie macht, die Verantwortlichkeit zu überlassen und die Einleitung, dies oder jenes zu tun, föhlich abzulehnen.

So handelt der republikanische Kongreß in der Wein- und Bierfrage. Die Republikaner sagen, Präsident Wilson verjucht durch seine Empfehlung, ein Wein und Bier von der Kriegsprohibition auszunehmen Gezet zu erlassen, die Verantwortlichkeit den Republikanern zuzuschreiben — „so daß die Welt“, wie der Volksmund sagt — und sie haben damit wohl Recht. Es liegt ganz so aus, als hätte Präsident Wilson verjucht, den Republikanern die Verantwortlichkeit zuzuschreiben und das wird ihm am Ende

der erfahrene Bürger, der die Parteipolitik kennt, nicht sehr übernehmen. Da sein Verjuch mißlang, darf und wird er vom Präsidenten erwarten, daß er selber tue, was er selbst für geboten oder rechtlich erklärte; auf die Weise, in der es zu tun ihm möglich ist; und die liberalen Demokraten werden das einstimmig für seine heilige Pflicht seiner Partei gegenüber erklären. Sie werden sagen, daß die ganze Zukunft der Partei davon abhängt. Sie werden darauf verneken, daß die Stärke der demokratischen Partei in den größeren und großen Städten des Nordens liegt; das heißt in den Städten, die von der Prohibition nichts wissen wollen.

Sie werden sagen, daß die liberalen anti-prohibitionistischen Städte des Ostens, Nordens und Westens die einzige Hoffnung der demokratischen Partei sind und daß auch diese im nächsten Jahre unzweifelhaft republikanisch „gehen“ werden, wenn das Haupt der demokratischen Partei ihre Hoffnung täuscht und nicht wagt, selbst zu tun, was er dem republikanischen Kongreß als im besten Interesse des Landes nötig zu tun empfiehlt. Von der Antwort, die Präsident Wilson jener Kabeldepeche geben wird, mag das Schicksal der demokratischen Partei für lange Jahre hinaus abhängig sein. Der Süden allein kann heute wichtiger als je zuvor einen Präsidenten ernählen oder den Kongreß beherrschen.

Sprachenrechte der Deutschen in Böhmen

Unter tschechischer Herrschaft werden diese Rechte sehr beschnitten.

Dem „Prager Tageblatt“ zufolge hat der Ministerrat in längeren Beratungen sich mit der Sprachfrage beschäftigt und ist zu einer Reihe von Beschlüssen gelangt, die auf der Voraussetzung beruhen, daß der tschecho-slovakische Staat nach der Festsetzung seiner Grenzen durch die Friedenskonferenz ein gemischtsprachiger Staat sein werde. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen sind die Tschechen ihrer historischen Grenze nicht sicher, hingegen rechnen sie darauf, daß die Staatsgrenze nicht mit der Sprachgrenze zusammenzufallen, sondern daß die wirtschaftlich wertvollen Kohlengebiete und Eisenbahnstrecken innerhalb des Gebietes des tschecho-slovakischen Staates verbleiben werden. (Inzwischen sind ihnen aber doch die „historischen Grenzen“ zugesichert worden. Die Redaktion.)

Für den Verkehr der Kemter mit den Parteien wurde Grundgesetz aufgestellt, daß die Erledigungen in der Sprache des Parteiantrages zu erfolgen habe, deutsche Eingaben also deutsch, tschechische Eingaben tschechisch zu erledigen seien. Die autonomen Behörden werden in ihrer bisherigen Sprache mit den Zentralämtern korrespondieren und Erledigungen in ihrer Sprache halten. Die deutschen Gemeinde- und Bezirksvertretungen also deutsche, die tschechischen tschechisch. Der Verkehr der untergeordneten Behörden mit den übergeordneten wird also tschechisch sein, es wird also die innere tschechische Amtssprache eingeführt, so daß zum Beispiel auch die deutschen Bezirkshauptmannschaften genötigt sein werden, sich im Verkehr mit den Ministerien und sonstigen Zentralstellen der tschechischen Sprache zu bedienen. Den deutschen Beamten, die bisher der tschechischen Sprache nicht mächtig sind, wird aufgetragen werden, innerhalb eines Zeitraumes von einem, beziehungsweise zwei Jahren sich über die ausreichende Aneignung der tschechischen Sprache auszuweisen. Wer sich nicht mit solchen Kenntnissen ausweist, wird aus dem Staatsdienste entlassen. Was die Stampigilien und äußeren Aufschriften anbelangt, soll den Deutschen insofern entgegengekommen werden, daß die Stampigilien und Druckformen, Amtsschilder usw. überall dort zweisprachig sein werden, wo die Deutschen mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen. Doch steht an erster Stelle nun die tschechische Aufschrift, die deutsche erst an zweiter Stelle.

Hiernach ist also die Regelung doch so, daß von einer nationalen Autonomie, wie sie für alle Nationen, also auch die tschechische für das alte Oesterreich geplant war und wie sie das innere Böhmen zwar nicht de jure, aber de facto beisehen hat, keine Rede sein kann und den Deutschen Böhmens beständig zu Gemüte geführt wird, daß sie unter einer Fremdherrschaft leben.

Vergessene Kriegsforderungen

Auffällig ist es, daß in dem vorgeschlagenen Friedensvertrag von der Freiheit der Meere keine Silbe erwähnt ist. Oswald Garrison Villard, der Herausgeber der New York „Nation“ hatte übrigens schon vor Wochen aus Paris berichtet, daß dort von allem Möglichen gesprochen werde, nur nicht von der Freiheit der Meere. Und wie lange ist es her, da diese Forderung hier in aller Munde war, die Spalten der Tagespresse füllte und ihre Erfüllung für die Sicherheit und die Wohlhabart unseres Landes betrachtet wurde.

Heute spricht man nicht mehr davon. In Paris nicht und anderswo auch nicht. Der Einfluß der britischen Presse und der britischen Diplomatie hat das fertig gebracht. Eine Freiheit der Meere wird es auch in Zukunft nur dann geben, soweit sie mit den Interessen Eng-

lands vereinbar ist. Freilich nicht für alle Zukunft. Die Zeit wird kommen, da um die Freiheit der Meere wiederum gekämpft wird, und der Ausgang dieses Kampfes wird dann für alle Zeiten entscheidend sein. Und für diesen Kampf wird trotz des Völkerbundes weiter geristet werden. Auch Landboote werden für ihn gebaut werden, obwohl es gar nicht lange her ist, als man überall hören und lesen konnte, die Landboote seien eine völkerrechtswidrige Waffe.

Auch die Anschauungen über den Krieg, über das, was im Krieg erlaubt ist und was nicht erlaubt ist, ändern sich bisweilen. Wir werden auch in den nächsten Jahren von wunderbaren Neuerungen der Technik des Krieges hören, von neuen tobbringenden Geschossen, von gewaltigen neuen Geschützen, von erstaunlichen Leistungen der nach deutschen Vorbildern verbesserten Landboote, von neuen Giftgasen, die ihre Vorgänger weit überreffen, und wenn jemand sich einfallen lassen sollte, zu fragen, ob denn das alles mit dem Völkerrecht vereinbar sei, wird man ihn auslachen und ihm bedeuten, daß noch immer das Recht gehobt habe, wer im Beiz der Macht sei. Nur die ganz Einfältigen reden von dem, was einmal war und was einmal gesagt wurde. Und die Einfältigen zählen nicht. Nur die Klugen zählen, die von ihrer Macht den wirksamsten Gebrauch zu machen wissen.

Wenn Sie vom Bahnhof kommen und die Main Straße nordwärts gehen, so finden Sie Dr. Weiland's Office in der Mitte des vierten Blocks auf der rechten Seite, Fremont, Neb.,

„Bürgerliche“ in München waren in großen Wüten

Paul Grünberg, der vom 9. bis 21. April in München gewirkt, erzählt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ u. a.: Am 10. April erschienen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ unter „roter Redaktion.“ Es war die letzte Zeitung bis nach Ostern. In der Zwischenzeit wurden von den Gewalthabern kostenlos Flugblätter verteilt, welche aber nur endlose Verordnungen gegen die Postgenossin und Subskribenten für den Kommunismus nach Münchener Art brachten. Zur Verurteilung; der Bürger endete fast jede Verordnung mit Androhung der Todesstrafe bei Ungehorsam. Hier eine kleine Wüstenlese solcher Verordnungen:

- 1) Kohlenbezugscheine für Bürgerliche haben keine Gültigkeit mehr. Nur der Arbeiter erhält Kohlen. 2) In den Wohnungen der Bürgerlichen werden die Lebensmittel requiriert. 3) Waffen aller Art sind von Bürgerlichen binnen 12 Stunden abzuliefern, alsdann beginnen bezügliche Hausdurchsuchungen. 4) Wares Geld ist sofort abzuliefern. 5) Kreatorhaber haben zur befristeten Zeit bei ihren Banken die Schecks zu öffnen, sonst werden solche gelteht. 6) Fahrzeuge, Automobile, Motorräder usw. sind sofort der roten Garde auszuliefern. 7) Die Wohnungen der Bürgerlichen sind dem bedürftigen Proletariat freizugeben. 8) Flugblätter, von Fliegern der Weissen Garde abgeworfen, dürfen nicht aufgehoben und gelesen werden. 9) Alle Betriebe haben zu feiern, die Geschäfte haben zu schließen, die Arbeitgeber haben jedoch die vollen Löhne zu zahlen, andernfalls melde ich nur die Namen der sich Weigernden usw. — Wie gefast, lautete der Schluß allerorts: Bei Zuwiderhandlung sofortige Todesstrafe.

„Wie der schlaue Jakob-Jakob Moror ist gemeint — aus Waldorf lächeln wird.“ schreibt eine New Yorker Zeitung, „wenn er erfährt, daß wieder eine seiner Urentelinnen in den englischen Adel hineingeheiratet. Was aus so'm Varenenbilde und Varenubst mit alles werde kann, wenn's nur Geld genug haben. — Ubrigens auch eine Art, die Welt für die Demokratie zu sichern, wenn die Demokraten in die Nobilität hineingeheiratet.“

Grand Island, Neb., 14. Juni. Juergen Klitworth und H. D. Taylor, zwei Nachzügler der Union Pacific Bahn, haben gegen folgende Personen wegen Angriff und Mißhandlung Klage erhoben: John Hieldgrave, Solvester Golden, Harry

Rebus, Mike Finnerty, John Briel, Glenn Cochran, Renee Carlles und Harry Rowland. Dieselben mußten sich deshalb dem Gericht stellen. Borkaufig läßt sich nicht erkennen, weshalb die Angeklagten die Klager angegriffen haben.

Diese Gesellschaft möchte dem Publikum wissen lassen, daß ihre Leute nicht streiken; im Gegenteil, sie sind mit den gegenwärtigen Zuständen sehr zufrieden. Eisablieferungen werden durch die Drohungen der streikenden „Teamsters“ unterbrochen. Wie tun unser Bestes, unsere Kunden nach wie vor zu bedienen.

Omaha Ice & Cold Storage Co. Hold-Tight Hair Nets 2 for 25c. HAIR NETS ADOLPH HAAR.

Neuer Krug Park „Das Heim der P...“ Tanz-Unterhaltung-Aufregung Beginnt Samstag abend, den 14. Juni THE FEARLESS GREGGS AUTOS THAT PASS IN THE AIR. BLOOD-CURLING DEVIL-DARING. Nichts Aehnliches ist je zuvor versucht worden. Eintritt für Kinder ist zu irgend einer Zeit frei. Der Eintritt für Erwachsene beträgt 10 Cents; Kriegsdienstler 1 Cent. Wenn Sie Krug's Park noch nicht gesehen, — haben Sie auch Omaha nicht gesehen.

Bevo THE BEVERAGE The all-year-round soft drink Rome was not built in a day but Bevo's popularity became countrywide in three months because of five years preparation in perfecting the beverage. Sold everywhere - Families supplied by grocer, druggist and dealer. Visitors are invited to inspect our plant. ANHEUSER-BUSCH ST. LOUIS. Paxton & Gallagher Co., Wholesale Distributors OMAHA, NEBR. 7-B